

FREIBERUFLER-TICKER vom 20. Juli 2018

1. Jüngste Freiberufler-Statistik präsentiert solides Wachstum

3,46 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten mittlerweile bei einem Freiberufler. Dies ist ein markanter Anstieg um 4,9 Prozent. Die Zahl der selbstständigen Freiberufler selbst steigt zum Jahresbeginn 2018 auf 1,407 Millionen Personen, plus 1,8 Prozent. Das sind zwei Ergebnisse der Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen, die das Institut für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) für den BFB zum Stichtag 1. Januar 2018 erhoben hat und die am 17. Juli 2018 [veröffentlicht](#) worden sind.

2. Eckpunktepapier für Künstliche Intelligenz beschlossen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 18. Juli 2018 hat das Bundeskabinett am 18. Juli 2018 die Eckpunkte für eine Strategie Künstliche Intelligenz (KI) beschlossen. Die Kabinetttvorlage ist gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eingebracht worden. So sollen in Deutschland Kompetenzzentren für KI ausgebaut und mit Europa vernetzt werden. In- und ausländische Wissenschaftler auf dem Gebiet KI sollen in Deutschland möglichst attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden. Darüber hinaus soll eine Agentur für Sprunginnovationen gegründet werden, die sich auch dem Thema Künstliche Intelligenz widmen wird. Eine „Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft“ im BMAS soll international gute Beispiele für menschenzentrierte Anwendungen künstlicher Intelligenz beziehungsweise intelligenter Werkzeuge und Systeme in der Arbeitswelt identifizieren. Dazu wird die Bundesregierung in den nächsten Wochen einen Konsultationsprozess mit bundesweit arbeitenden Organisationen, Verbänden und Institutionen sowie Expertenworkshops und Fachforen durchführen. Auf dem Digital-Gipfel am 3. und 4. Dezember 2018 in Nürnberg soll die Strategie vorgestellt werden.

3. Bericht „Wissenschaft weltoffen 2018“ veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 17. Juli 2018 ist Deutschland ein attraktives Ziel für ausländische Studierende und Wissenschaftler. Dies ist ein wichtiges Ergebnis des Berichts „Wissenschaft weltoffen 2018“, den das BMBF zusammen mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) vorgestellt hat. Dem Bericht zufolge ist die Zahl ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen im Jahr 2017 um fünf Prozent auf 359.000 gestiegen. Das Ziel, 350.000 ausländische Studierende in Deutschland bis zum Jahr 2020 zu erreichen, ist bereits im Jahr 2017 übertroffen worden. Seit dem Jahr 2007 ist die Zahl des ausländischen Wissenschaftspersonals an deutschen Hochschulen um 84 Prozent gestiegen. Im Jahr 2016 haben 46.000 ausländische Wissenschaftler an deutschen Hochschulen gearbeitet, ein Plus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr.

4. Gesetzentwurf zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) hat das Bundeskabinett am 18. Juli 2018 den Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz – 10. SGB II-ÄndG) beschlossen. Kernelement des Gesetzes bilden zwei neue Förderinstrumente, die in das SGB II aufgenommen

werden: im neuen § 16i SGB II wird ein neues Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ eingeführt. Es richtet sich an Personen, die für mindestens sieben Jahre in den letzten acht Jahren Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) bezogen haben und in dieser Zeit nicht oder nur kurz selbstständig oder abhängig beschäftigt waren. Zur Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt gibt es folgende Förderung: In den ersten beiden Jahren wird ein Zuschuss von 100 Prozent zum Mindestlohn gewährt; in jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um zehn Prozentpunkte gekürzt bei einer maximalen Förderdauer von fünf Jahren. Die zweite Änderung bezieht sich auf das Instrument „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ im bestehenden § 16e SGB II, der neu gefasst und mit dem eine Rechtsgrundlage für einen weiteren neuen Lohnkostenzuschuss geschaffen wird. Die Eingliederung von Leistungsberechtigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind, wird damit unterstützt.

5. Beschäftigung und soziale Lage in Europa

Ende vergangener Woche hat die Europäische Kommission den jährlich erscheinenden [Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht](#) und eine flankierende [Pressemitteilung](#) veröffentlicht. Bestätigt werden die anhaltend positive Arbeitsmarktentwicklung und die Verbesserung der sozialen Lage. So habe die Zahl der Erwerbstätigen neue Höchstwerte erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Jahr 2017 über dreieinhalb Millionen mehr Menschen erwerbstätig gewesen, in Summe fast 238 Millionen Personen. Die Zahl der pro Beschäftigtem geleisteten Arbeitsstunden sei zwar gestiegen, liege aber noch unter dem Niveau des Jahres 2008. Schließlich werden ein steigendes verfügbares Einkommen und eine niedrigere Armutsrate beobachtet. Ferner wird dargelegt, dass der technologische Fortschritt ein Schlüsselement zur Steigerung der Gesamtproduktivität ist. Allerdings werden dadurch laut Bericht auch Routineaufgaben, die nur eine geringe Qualifikation erfordern, ersetzt und die Qualifikationsanforderungen für die Beschäftigungsfähigkeit steigen. Herausforderungen werden insbesondere im Zusammenhang mit Automatisierung und Digitalisierung gesehen.

6. Überblick zu Fortschritten der EU im Hinblick auf ihre Europa-2020-Ziele

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, hat am 17. Juli 2018 mit einer [Pressemitteilung](#) über die diesjährige Ausgabe der Publikation „[Smarter, greener, more inclusive?](#)“ informiert. Darin nachzulesen sind vergangene Entwicklungen und aktuelle Statistiken, die zur Überwachung der Fortschritte in Richtung der Ziele der Strategie Europa 2020 nützlich sind. So seien seit dem Jahr 2008 im Bereich Klimawandel und Energie durch Verringerung der Treibhausgasemissionen erhebliche Fortschritte erzielt worden. In den letzten Jahren habe sich der positive Trend jedoch verlangsamt. Im Bildungsbereich befinde sich die EU in Reichweite der Hauptziele. Die jüngsten Entwicklungen bei F&E-Investitionen und Armutsbekämpfung seien weniger vielversprechend, während das Beschäftigungsziel der EU noch erreichbar scheint, wenn das Wachstum der letzten Jahre anhält.

7. Jahresbilanz 2017 der gesetzlichen Unfallversicherung

Das Unfallrisiko bei der Arbeit ist im vergangenen Jahr erneut zurückgegangen. Das geht aus den [Geschäfts- und Rechnungsergebnissen](#) der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hervor, die ihr Verband, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), am 16. Juli 2018 veröffentlicht hat. Danach hat sich die relative Unfallquote von 21,89 auf 21,16 meldepflichtige Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter verringert. Das markiert einen neuen Tiefstand. Der durchschnittliche Beitrag zu den Berufsgenossenschaften hat mit 1,16 Euro je 100 Euro Lohnsumme ebenfalls einen neuen Tiefstand erreicht.

8. BVerfG-Urteil zur Erhebung des Rundfunkbeitrags

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 18. Juli 2018 in einer [Pressemitteilung](#) über sein Urteil berichtet, wonach die Rundfunkbeitragspflicht im privaten und im nicht privaten Bereich im Wesentlichen mit der Verfassung vereinbar ist. Mit dem allgemeinen Gleichheitssatz nicht vereinbar sei allerdings, dass auch für Zweitwohnungen ein Rundfunkbeitrag zu leisten ist. Dies hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts mit dem Urteil auf die Verfassungsbeschwerden dreier beitragspflichtiger Bürger und eines Unternehmens hin entschieden. Er hat den zuständigen Landesgesetzgebern aufgegeben, bis zum 30. Juni 2020 eine Neuregelung zu treffen. Nach dem Urteil steht das Grundgesetz der Erhebung von Beiträgen nicht entgegen, die diejenigen an den Kosten einer öffentlichen Einrichtung beteiligen, die von ihr – potenziell – einen Nutzen haben. Beim Rundfunkbeitrag liegt dieser Vorteil in der Möglichkeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nutzen zu können. Auf das Vorhandensein von Empfangsgeräten oder einen Nutzungswillen kommt es nicht an.

9. Künstlersozialabgabesatz 2019 stabil bei 4,2 Prozent

Der Abgabesatz zur Künstlersozialversicherung wird im Jahr 2019 weiterhin 4,2 Prozent betragen. Zum Entwurf der Künstlersozialabgabe-Verordnung 2019 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Ressort- und Verbändebeteiligung eingeleitet. Dies geht aus einer [Information](#) hervor, die das BMAS Ende vergangener Woche veröffentlicht hat.

10. Anteil der Erwerbstätigen im Jahr 2017

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 16. Juli 2018 haben 72 Prozent der Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren im Jahr 2017 ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bestritten. Somit hat die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2017 bei 37 Millionen Personen gelegen. Die jeweiligen Anteile bei Frauen und Männern haben sich dabei unterschieden: 66 Prozent der Frauen und 78 Prozent der Männer zwischen 18 und 64 Jahren haben von ihrer Erwerbstätigkeit gelebt. Zum Vergleich haben im Jahr 2000 63 Prozent der 18- bis 64-Jährigen angegeben, von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit zu leben; das sind 33,3 Millionen Personen gewesen. Für Personen im Alter von mindestens 65 Jahren (15,1 Millionen Personen) sind im Jahr 2017 die Renten- und Pensionszahlungen die Haupteinkommensquelle gewesen. Diese Angaben basieren auf dem Mikrozensus aus dem Jahr 2017.

11. In der EU finden vier von fünf jüngeren Absolventen eine Anstellung

Im Jahr 2017 sind über 80 Prozent der jüngeren Absolventen in der Europäischen Union (EU) beschäftigt gewesen. Dies ist das vierte Jahr in Folge, in dem diese Beschäftigungsquote gestiegen ist. Dadurch wird der Rückgang zwischen den Jahren 2008 und 2013 wieder wettgemacht. Das hat Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, Ende vergangener Woche [mitgeteilt](#). Jüngere Absolventen sind Personen im Alter von 20 bis 34 Jahren, die nicht in Ausbildung sind und ihre Ausbildung vor höchstens drei Jahren abgeschlossen haben. Das betrachtete Bildungsniveau umfasst mindestens den Sekundarbereich II. Die höchsten Werte weisen Malta mit 95 Prozent, Deutschland mit 91 Prozent sowie die Niederlande und die Tschechische Republik mit je 90 Prozent aus. Am anderen Ende der Skala finden sich Griechenland mit 52 Prozent und Italien mit 55 Prozent.

12. Mütter kehren schneller zu familienfreundlichen Betrieben zurück

Betriebe in Deutschland bieten immer häufiger Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Das zeigt eine [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Goethe-Universität Frankfurt am Main, die am 17. Juli 2018

veröffentlicht worden ist. Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten sind Vorreiter, kleine und mittlere Betriebe ziehen nach. Am stärksten verbreitet sind Angebote während der Elternzeit wie Weiterbildungen. Mittlerweile haben neun Prozent der Betriebe entsprechende Angebote. Im Jahr 2002 waren es noch weniger als fünf Prozent. Einen besonders starken Zuwachs verzeichnen betriebliche Kinderbetreuungsangebote. 2002 gab es diese bei zwei Prozent der Betriebe, jetzt liegt der Anteil bei rund acht Prozent. Nach wie vor selten sind dagegen Langzeitkonten zur Freistellung für Familienzeiten sowie betriebliche Maßnahmen zur Frauenförderung. Hier liegt der Anteil der Betriebe bei jeweils rund zwei Prozent. Zudem zeigt sich: Mütter aus Betrieben mit familienfreundlichen Maßnahmen kehren schneller zu ihrem Arbeitgeber zurück als Mütter, die in Betrieben ohne diese Maßnahmen arbeiten.